28.2.2010 - DiePresse.com

Deutsche Kirche: "Missbrauch hat nichts mit Zölibat zu tun"

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, lehnt einen Runden Tisch zu den jüngsten Missbrauchs-Fällen ab. Es handle sich nicht um ein spezifisches Problem der katholischen Kirche.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, sieht die zahlreichen Missbrauchsfälle nicht als spezifisches Problem der katholischen Kirche. "Es hat weder etwas mit dem Zölibat zu tun, noch mit Homosexualität, noch mit der katholischen Sexuallehre", sagte der Freiburger Erzbischof der "Welt am Sonntag". Deshalb lehne er auch einen Runden Tisch speziell für seine Kirche ab.

Sollte Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) einen Runden Tisch für alle gesellschaftlich relevanten Gruppen einrichten, werde die Kirche natürlich dabei sein. Jedenfalls nehme er die Einladung zu einem Gespräch an, wurde Zollitsch zitiert. Angesichts immer weiterer Missbrauchsfälle hatte sich die FDP-Politikerin für einen Runden Tisch ausgesprochen.

Der Geistliche hält es nach eigenen Worten für positiv, wenn über die Verlängerung der Verjährungsfrist bei sexuellem Missbrauch debattiert wird. "Dabei sind die Anliegen der Opfer sowie der Umstand zu berücksichtigen, dass die Taten oft lange zurückliegen."

Die Kirche habe nach den Taten vor vielen Jahren geglaubt, dass so etwas nicht mehr vorkomme, wenn die Täter ihr Unrecht einsähen. "Es war naiv, das zu glauben", sagte Zollitsch. Gleichzeitig habe man damals das Thema anders beurteilt. "Es gab in den 70er Jahren eine Diskussion, ob die Strafbarkeit von Sexualität mit Kindern abgeschafft werden sollte. Wir haben das von der Moraltheologie her immer abgelehnt. Aber der Umgang mit dem Thema war nicht reflektiert. Da haben wir dazugelernt."

FDP: Kirche soll Entschädigungsfonds einrichten

Unterdessen forderte die FDP die katholische Kirche auf, einen Entschädigungsfonds für Missbrauchopfer einzurichten und unabhängige Sonderermittler in allen deutschen Bistümern einzusetzen. "Die katholische Kirche wäre gut beraten, nicht länger wie ein Staat im Staate zu handeln", sagte der rechtspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Ahrendt der "Neuen Osnabrücker Zeitung" und fügte hinzu: "Angesichts des Ausmaßes der Vorwürfe hilft nur schonungslose Offenheit."

Ahrendt appellierte zugleich an die Bischofskonferenz, einen Entschädigungsfonds einzurichten, "aus dem die Opfer für ihr erlittenes Unrecht einen finanziellen Ausgleich erhalten". Es wäre ein wichtiges Signal an Betroffene, dass "die Kirche sich nicht hinter Verjährungsfristen versteckt, sondern sich in jedem Fall zu ihrer Verantwortung für die Opfer bekennt".

Die zahlreichen Missbrauchsfälle haben das Vertrauen in die katholische Kirche schwer geschädigt. In einer repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts "Omniquest" unter 1.000 Personen für den "Kölner Stadt-Anzeiger" hält nicht einmal ein Drittel der Befragten die katholische Kirche für ehrlich. Ähnlich geringes Zutrauen in die Kirche haben die Bürger demnach in Sachen Lebensnähe (29,9 Prozent) und Glaubwürdigkeit (32,8 Prozent).

"Die katastrophalen Ergebnisse sind nicht nur der aktuellen Situation zuzuschreiben, sondern Ausdruck eines langfristigen und schlimmen Vertrauensverlustes", sagte Christian Weisner, Mitinitiator der Basis-Bewegung "Wir sind Kirche" der Zeitung. Die Kirche ignoriere die Erfahrungen

der Menschen in ihrem alltäglichen Leben. In dem Skandal um sexuellen Missbrauch von Kindern in katholischen Einrichtungen kommen in Deutschland immer weitere Fälle aus der Vergangenheit ans Licht.

Etwa 150 Opfer aus ganz Deutschland hätten sich bisher gemeldet, sagte die Berliner Anwältin Ursula Raue der "Berliner Morgenpost" (Samstag-Ausgabe). Sie ist die Beauftragte des Jesuitenordens zur Aufklärung von Fällen sexuellen Missbrauchs durch Patres. Jeden Tag berichteten ihr weitere Männer und Frauen von Übergriffen an katholischen Einrichtungen in den 1950er bis 1980er Jahren, sagte Raue. Erste Missbrauchsfälle waren am Berliner Canisius-Kolleg Ende Jänner öffentlich geworden. Raue hält die Entscheidung der deutschen Bischofskonferenz, den Trierer Bischof Stephan Ackermann mit der Aufklärung zu beauftragen, für unzureichend. Sie forderte dafür externe Mitarbeiter.

Der Tübinger Theologe Hans Küng gibt dem Zölibats-Gebot für Geistliche eine Mitschuld an dem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen an katholischen Schulen. Es sei auffällig, dass Kindesmissbrauch "massenhaft gerade in der von Zölibatären geleiteten katholischen Kirche" vorkomme, schrieb Küng in einem Beitrag für die "Süddeutsche Zeitung" (Samstag-Ausgabe).
Zuletzt geändert am 07.03.2010